Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Energie (BFE)
Sektion Recht
3003 Bern

4. Oktober 2005

Anhörung für:

- **Verordnung über die Anforderungen an das Personal von Kernanlagen**
- **Verordnung über die Personensicherheitsprüfungen im Bereich Kernanlagen**
- **Verordnung über die Betriebswachen von Kernanlagen**
- **Verordnung über sicherheitstechnisch klassierte Behälter und Rohrleitungen in Kernanlagen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 6. Juli 2005 hat uns das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) gebeten zu vier Verordnungen zum Kernenergiegesetz im Bereich der Sicherheit von Kernanlagen Stellung zu nehmen. Für die gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen.

1. Grundsätzliches

Mit den Verordnungen werden Mindestanforderungen an fachlich ausgewiesenes Personal von Kernanlagen definiert, eine gesetzliche Grundlage für die Zuverlässigkeitskontrolle geschaffen und Aufgaben sowie Befugnisse von Betriebswachen weitreichend geregelt. Das Kernenergiegesetz ist zusammen mit der Kernenergieverordnung am 1. Februar 2005 in Kraft getreten. Die Verordnung enthält Ausführungsbestimmungen zum Kernenergiegesetz. Grundsätzlich unterstützen wir die vier neuen Verordnungen in der vorliegenden Form, haben jedoch einige Vorbehalte und Änderungsvorschläge zur Verordnung über die Betriebswachen von Kernanlagen (VBWK).

2. Bemerkungen zu den Verordnungsentwürfen

2.1. Verordnung über die Anforderungen an das Personal von Kernanlagen

Die Verordnung regelt die Anforderungen an die Qualifikation, Ausbildung und Eignung des Personals von Kernanlagen. Mit dieser wird das Ziel verfolgt, das Kernenergiegesetz zu präzisieren, im Bereich der Strahlenschutzgesetzgebung Abgrenzungen vorzunehmen und die bisherige Terminologie zu vereinheitlichen, insbesondere bei Forschungsreaktoren. Sie legt die Mindestanforderungen an fachlich

ausgewiesenes Personal fest und regelt die Anforderungen an die Qualität, Ausbildung und Eignung des Personals von Kernanlagen, das für die nukleare Sicherheit von Bedeutung ist. In diesem Sinne ist diese Verordnung zu begrüssen. In materieller Hinsicht ergeben sich im Einzelnen keine Bemerkungen.

2.2. Verordnung über die Personensicherheitsprüfungen im Bereich Kernanlagen

Die Personensicherheitsprüfung ist ein wichtiges Mittel der Risikoprävention (Schutz der Kernanlagen und Kernmaterialien vor Sabotage, gewaltsamen Einwirkungen oder Entwendungen). Für das Bundespersonal und für Angehörige der Armee sowie für beauftragte Dritte gilt die Verordnung über die Personensicherheitsprüfung (PSPV). Für die Kernanlagen soll eine eigene Regelung geschaffen werden, die jedoch in weiten Teilen auf die PSPV verweist. Die gesetzliche Verankerung einer breit greifenden Personensicherheit ist für einen politisch, sachlich und polizeilich sensiblen Bereich wie die Kernanlagen richtig. Die Anlehnung an die PSPV ist sinnvoll. In materieller Hinsicht ergeben sich im Einzelnen keine Bemerkungen.

2.3. Verordnung über die Betriebswachen von Kernanlagen

a. Vorbemerkungen

Gesetzliche Grundlagen

Gemäss Art. 23 Abs. 2 des Kernenergiegesetzes (KEG), das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, regelt der Bundesrat die Anforderungen an die Betriebswachen von Kernanlagen und legt nach Anhörung der Kantone deren Aufgaben und Befugnisse fest.

Gemäss Art. 23 Abs. 3 regeln die Standortkantone der Kernanlagen die Ausbildung der Betriebswachen in Zusammenarbeit mit der zuständigen Bundesstelle. Die Botschaft zu diesem Absatz führt aus, dass die Kantone bei der Regelung der Ausbildung einzubeziehen seien.

Vorarbeiten

Wie eingangs erwähnt, erarbeitete eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des Bundesamtes für Energie (BFE) seit dem 27. April 2004 die nötigen Ausführungsbestimmungen. Es geht dabei auf Bundesebene um die nun vorliegende Verordnung über die Betriebswachen der Kernanlagen sowie auf kantonaler Ebene um die in Erarbeitung stehenden Vorschriften betreffend Ausbildung.

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern des BFE, Sektion Kernenergie, sowie der Kantonspolizeien der Standortkantone von Kernanlagen (AG, SO und BE) zusammen. Der von der Arbeitsgruppe verabschiedete und mit den Sicherheitsbeauftragten der Kernanlagen informell vorbesprochene Entwurf der VBWK wurde von der Sektion Recht des BFE nochmals überarbeitet und materiell geändert. Die Stellungnahme konzentriert sich nachfolgend schwergewichtig auf die nunmehr aufgetretenen Differenzen zwischen den beiden Entwürfen.

b. Allgemeine Bemerkungen

Im Ausbildungsstand sowie in Bewaffnung und Ausrüstung der Betriebswachen bestehen heute erhebliche Unterschiede unter den verschiedenen Kernkraftwerken. Die Arbeitsgruppe hat sich dafür ausgesprochen, dass die Vorschriften in diesen Bereichen vereinheitlicht werden. Dies bedingt, dass vorab in der VBWK für alle Betriebswachen die Aufgaben und Befugnisse, die Ausrüstung und Bewaffnung, die Organisation sowie die Anforderungen an die Qualifikation und Eignung einheitlich geregelt werden. Nur auf dieser Basis kann auch eine einheitliche Ausbildung aufgebaut und eine gleiche Qualität der Betriebswachen erreicht werden.

Gemäss Art. 23 Abs. 1 KEG kann das Departement den Bewilligungsinhaber verpflichten, eine bewaffnete Betriebswache zu unterhalten. Die VBWK verpasst es, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Der Grundsatz der Bewaffnung wurde nicht formuliert, so dass es den Bewilligungsinhabern freisteht, ihre Betriebswachen zu bewaffnen. Von einer Truppe nach dem Muster einer Schliess- und Wachgesellschaft bis zu einer hochgerüsteten Wache ist unter diesen Voraussetzungen alles zulässig. Solche Differenzen können nicht im Sinn der Sache sein. Die Bewaffnung ist deshalb zwingend vorzuschreiben. In diesem Sinn ist die Verordnung gemäss unserem Antrag zu ergänzen.

Antrag: Art. 2 Abs. 3: „Sie verrichten ihren Dienst bewaffnet.“ oder Art. 10 Abs. 1 „...verrichten ihren Dienst uniformiert und bewaffnet“. Dementsprechend ist im Anhang Ziff. 1 die persönliche Ausrüstung und Bewaffnung obligatorisch zu erklären und die Formulierung wie folgt zu ändern: „...haben ... zu verfügen“ statt „...können ... verfügen“ oder kurz: „Die Betriebswächter und -wächterinnen verfügen über“. Richtig ist demgegenüber die Anschaffung der zusätzlichen Mittel gemäss Anhang Ziff. 2 fakultativ zu belassen und den Bewilligungsinhabern damit einen gewissen Handlungsspielraum im nicht-letalen Bereich einzuräumen.

c. Zu einzelnen Bestimmungen

Art. 3 Abs. 1 lit. f

Die Einschränkung des Waffeneinsatzes auf Notwehr- und Notstandssituationen ist hier falsch. Die genauen Voraussetzungen folgen in Art. 8. Bei derart zentralen Themen ist eine einheitliche Regelung zentral. Doppelregelungen tragen die Gefahr von Unklarheiten und Widersprüchen in sich.

Antrag: Art. 3 Abs. 1 lit. f ist ersatzlos zu streichen.

Art. 3 Abs. 1 lit. g

Die Einschränkung des Einsatzes von Ordnungsdienstmitteln auf Notwehr- und Notstandssituationen ist sachlich falsch. Ein solcher Einsatz kann ohne weiteres zur Erfüllung des Auftrags angezeigt sein, ohne dass die Schwelle von Notwehr oder Notstand erreicht ist. Ob die Mittel einzusetzen sind oder nicht entscheidet der Wachgruppenchef bzw. dessen Stellvertreter (Art. 11). Wären die Mittel nur bei Notwehr/Notstand einsetzbar, hätte Art. 11 keinen eigenständigen Anwendungsbereich mehr. Die beiden Artikel schliessen sich deshalb gegenseitig aus. Der Widerspruch ist mit dem Streichen des Erfordernisses in Art. 3 Abs. 1 lit. g zu lösen.

Antrag: Streichen des Erfordernisses in Art. 3 Abs. 1 lit. g.

Art. 7 Abs. 1 lit. b

Die Erlaubnis Personen bei der Begehung von „strafbaren Handlungen“ gegen Personen oder Kernanlagen festzuhalten erweitert die Regelung des kantonalen Strafverfahrens: Privatpersonen dürfen einen Täter gemäss § 40 StPO SO nur bei der Begehung von Verbrechen oder Vergehen anhalten. Mit der vorgeschlagenen Formulierung wäre dies für Angehörige von Betriebswachen auch bei Übertretungen zulässig (z. B. Tätlichkeit oder geringfügige Vermögensdelikte). Ein Bezug des Delikts auf die dienstliche Tätigkeit wird aber nicht gefordert. Die Erweiterung ist deshalb entbehrlich.

Antrag: Die Formulierung in Art. 7 Abs. 1 lit. b ist deshalb wie folgt zu ändern: „strafbare Handlung“ ist zu ersetzen durch „bei der Begehung eines Verbrechens oder Vergehens“.

Art. 10 Abs. 1

In diesem Artikel könnte die Pflicht zur Bewaffnung statuiert werden.

Antrag: Art. 10 Abs. 1 ist gemäss unserem Antrag unter b) zu ergänzen mit: „¹Die Betriebswachen verrichten ihren Dienst unifomiert und bewaffnet.“

Art. 10 Abs. 3

Die Formulierung ist betreffend dem Begriff „neue Waffen“ missverständlich. Die Aufzählung der Waffen im Anhang ist abschliessend. Es kann sich damit nicht um Waffen handeln, die im Anhang nicht vorgesehen sind, sondern nur um solche, die gemäss Anhang Ziff. 2 und 3 (Begründung betreffend Neuformulierung des Anhangs folgt) in der Disposition der Bewilligungsinhaber stehen. Der Absatz ist in diesem Sinn zu präzisieren.

Antrag: „³Die Beschaffung von neuen Waffen gemäss Anhang ist vorgängig dem Bundesamt zu melden.“

Art. 11

Der hier verwendete Begriff „Ordnungsdienstmittel“ entspricht nicht der polizeilichen Terminologie: Schutzwesten, Funkgeräte, gepanzerte Fahrzeuge und nicht-letale Waffen sind Ausrüstungsgegenstände bzw. Waffen, die nicht – wie Mehrzweckwerfer oder Reizstoffsprays – dem Ordnungsdienst zugehören. Um eine einheitliche Sprachregelung zu erreichen, ist der Artikel diesbezüglich zu überarbeiten (z. B. Titel: „Zusätzliche Mittel für den Interventionsfall“).

Antrag:

- Abs. 1: “Die zulässigen Mittel für den Interventionsfall...“. Ebenso ist der Anhang gemäss der Polizeiterminologie zu strukturieren: bzw. eine Ziffer 3 einzufügen (Vorschlag siehe unten).
- Abs. 2: Zu ergänzen ist der Nachsatz: „... von Ordnungsmitteln, ausgenommen bleiben Notwehr und Notwehrhilfe“. Diese Formulierung entspricht den polizeilichen Rules of Engagement für den Einsatz von OD-Mitteln.
- Abs. 3: Orthografischer Fehler: (Ordnungsmittelⁿ)

Art. 19 Abs. 4

Die Vertreter der Kantonspolizeien in der Arbeitsgruppe haben eine offenere Formulierung betreffend Einsatzleitung vorgeschlagen. Satz zwei lautete demnach wie folgt: „Der polizeiliche Einsatzleiter spricht die vorgesehenen Massnahmen mit dem Notfallstab ab.“ Wichtig ist bei solchen Einsätzen, dass das polizeiliche Vorgehen mit den technischen Bedürfnissen und Möglichkeiten des Kernkraftwerks koordiniert wird. Dabei geht es nicht nur um Funkverbotszonen und druckführende Leitungen, sondern um einschneidende Massnahmen wie Evakuationen oder Herunterfahren des Reaktors. Das partnerschaftliche Vorgehen mit der Entscheidkompetenz bei der Polizei wird mit der vorgeschlagenen

Version nicht sehr gut getroffen, doch ist es für die Polizei letztlich ohne Bedeutung, wenn ihr weitergehende Kompetenzen zugewiesen werden.

d. Neue Struktur des Anhanges

1. Persönliche Ausrüstung und Bewaffnung

Die Betriebswächter und -wächterinnen verfügen (anstelle von können: verfügen) über folgende Ausrüstung und Bewaffnung:

- Persönliche Faustfeuerwaffe
- Reizstoffspray
- Handschellen und Fesselungsbänder
- Funkgeräte
- Taschenlampe

2. Zusätzliche Mittel der persönlichen Ausrüstung und der Betriebswache

Die Betriebswache kann mit folgenden zusätzlichen Mitteln ausgerüstet werden:

- Polizeimehrzweckstock oder Einsatzstock
- Nicht-letale Waffen, z. B. Elektroschockwaffen
- Schutzwesten
- Gepanzerte Fahrzeuge

3. Ordnungsdienstmittel

Die Betriebswache kann mit folgenden Ordnungsdienstmitteln ausgerüstet werden:

- Mehrzweckwerfer mit Gummischrott
- Reizstoffsprays in Grosspackungen

2.4. Verordnung über sicherheitstechnisch klassierte Behälter und Rohrleitungen in Kernanlagen
Das Kernenergiegesetz (KEG) und die Kernenergieverordnung (KEV) regeln auch das Verfahren für die Bewilligung und Freigabe der sicherheitstechnisch klassierten Ausrüstungen beim Bau und Betrieb der Kernanlagen. Es wird dabei ausschliesslich das Verfahren der Einzelprüfung angewendet. Diese Anforderungen entsprechen der bisherigen Praxis. Ergänzend zu den Bestimmungen von KEG und KEV sind in der vorliegenden Verordnung die spezifischen Anforderungen an die Sicherheit und die wiederkehrenden Prüfungen der Behälter und Rohrleitungen festzulegen. Damit werden veraltete Rechtsgrundlagen für die Druckgeräte und Druckbehälter ersetzt und Wichtiges aus Richtlinien des Nuklearinspektorates des Schweizerischen Vereins für technische Inspektionen (SVTI) verbindlich verankert. In diesem Sinne ist die Neuerung zu begrüßen. In materieller Hinsicht ergeben sich im Einzelnen keine Bemerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Walter Straumann

Landammann

6

sig.

Yolanda Studer

Staatsschreiber - Stellvertreterin